

Deutscher Reichstag.

70. Sitzung vom 13. März.

12 Uhr. Am Bundespräsidenten: Graf Caprivi, Frhr. von Marschall, Dr. von Bötticher, von Heyden u. A. von Reichard, Dr. von Eweking: Ich habe dem Hause einige geschäftliche Mitteilungen zu machen. Ich möchte heute, event. mit Zustimmung einer Abspaltung, die zweite Lesung der Handelsverträge zu Ende bringen, Mittwoch den Rest der Handelsverträge und die dritte Lesung des Identitätsnachweises in der ersten Sitzung, die dritte Lesung des Identitätsnachweises in der zweiten Sitzung, die dritte Lesung des Handelsvertrages in der dritten Sitzung, die dritte Lesung des Identitätsnachweises in der vierten Sitzung, die dritte Lesung des Handelsvertrages in der fünften Sitzung, die dritte Lesung des Identitätsnachweises in der sechsten Sitzung, die dritte Lesung des Handelsvertrages in der siebten Sitzung, die dritte Lesung des Identitätsnachweises in der achten Sitzung, die dritte Lesung des Handelsvertrages in der neunten Sitzung, die dritte Lesung des Identitätsnachweises in der zehnten Sitzung.

Die zweite Beratung des russischen Handelsvertrages wird bei dem Artikel B, Einfuhrzölle nach Deutschland, fortgesetzt.

Die ersten Positionen werden ohne Debatte erledigt. Die Beratung der Positionen 8 bis 13 z. frei und 9 bis 13 z. 3.50 M., Roggen 3.50 M., Hafer 2.80 M., Weizen 3.50 M., wird verbunden. Hierzu beantragen die Abg. Dr. von Frege, Frhr. von Hammerstein, Frhr. von Mantzenell und Graf von Mirbach die Forderung für Weizen und Roggen auf 5 M., für Hafer auf 4 M. für 100 Hg. Getreide.

Verständlicher Abg. Müller referiert über die Beschlüsse der Kommission und empfiehlt die unveränderte Annahme der Vorlage.

Abg. von Stauby (Konf.): Wir sind hier bei dem eigentlichen Mittelpunkt des Vertrags angelangt. Auf diese Position legt Russland den höchsten Werth. Mit unserem Antrage stehen wir wie immer auf dem Boden der Berücksichtigung des Wohlwollens des gegenseitigen Vaterlandes. Die Landwirtschaft ist nicht in der Lage, eine weitere Herabminderung ihrer Einnahmen zu ertragen. Das trifft nicht nur auf den Osten zu, sondern ebenso sehr auf den Westen. Das hat Herr von Bennigsen hier andrücklich angeführt. Die Regierung berücksichtigt aber jetzt in erster Linie die Industrie. Der Reichskanzler hat gesagt, der Vertrag biete nur Vorteile ohne Gegenleistung. Das geben wir nicht zu. Das wissen wir doch alle, daß das Wohl und Wehe der deutschen Landwirtschaft nicht abhängig von den landwirtschaftlichen Ministern, sondern von der Politik des Reiches. Unsere Landwirtschaft muß zu Grunde gehen, wenn die Regierung von der Ansicht ausgeht, daß Deutschland ein Industrieland ist. Die Schantung, wir müssen Getreide einführen, ist irrig; die Landwirtschaft kann bei uns und bei der Reichsregierung nicht gefördert werden. Den russischen Handelsvertrag wird die Landwirtschaft nicht ertragen können. Der Staatssekretär Frhr. von Marschall behauptet, der Roggen sei ein Weltmarkterzeugnis und darum könne der Differentialzoll nicht wirksam sein. Aber jedes Jahr zu den Vertragsstaaten fließende Roggen, das kein Getreide auf unser Markt wirkt, muß einen Druck auf unseren Getreidepreis ausüben. Der Roggen ist kein Gegenstand des Weltmarktes, das hat Frhr. von Marschall bei der Beratung der beiden Handelsverträge nicht bestritten. Unsere Überlegungen müssen um so größer sein, als nach Ansicht hervorragender landwirtschaftlicher Organe tolosale Verhältnisse von Roggen in russischen Magazinen liegen. Die Roggen in Berlin zu verkaufen ist unmöglich. Das Wohl des Reiches wird nur durch den Roggen nach Deutschland bringen und kein Mensch wird mehr unseren Roggen kaufen, wenn er den russischen billiger bekommt. Auch die Industrie wird geschädigt, wenn man der Landwirtschaft den nötigen Schutz nimmt. Die große agrarische Bewegung im Lande ist nur deshalb so richtig erkannt, weil man in den Kreisen der Landwirtschaft sieht, daß der Regierung die Interessen der Industrie vor denen der Landwirtschaft vorangehen. Die Landwirtschaft ist in allen Punkten einig und sie würde auf die Aufhebung des Identitätsnachweises verzichtet haben, wenn die Landwirtschaft im Süden und Westen Widerpruch erhoben hätten. Wenn der Vertrag mit dem hier vorgelegenen Tarif durchgeht, so halte ich das für ein nationales Unglück. (Beifall.)

Abg. Graf Arnim (K. P.): Bei dem rumanischen Vertrage ist uns vom Regierungssitze ausgeführt worden, daß beim Weizen die Verhältnisse anders liegen, als beim Roggen. Jetzt wieder wird uns gesagt, daß Roggen ebenfalls ein Weltmarkterzeugnis ist und aus einer uns vorgelegten Tabelle soll bewiesen werden, daß der russische Roggen gar nicht so sehr bei uns dominiert. Aber der Rückgang der russischen Einfuhr ist aus ganz bestimmten Gründen hervorzuheben; er bedarf unseres Marktes in ganz hervorragendem Maße, das beweist der gewaltige Export Russlands sogar im Winterjahre 1892. Der einzige Strohhalm, der uns nach Annahme des Vertrags noch bleibt, wird die Währungsangelegenheit sein, deren Resultat aber meiner Meinung nach sehr geringfügig sein wird. Der Herr Staatssekretär hat behauptet, der Preisunterschied zwischen inländischem und unverzolltem russischen Roggen habe innerhalb der letzten 2 Jahre niemals mehr als 30 Mark betragen. Das ist nach der uns vorgelegten Tabelle unrichtig, denn im November betrug der Preisunterschied zwischen Amsterdam und Mannheim über 60 Mark, und wenn dann behauptet wird, also schadet uns die Aufhebung des Differentialzolls nichts, so muß ich sagen, derartige falsche, irrtümliche Aufstellungen sind doch von großer Tragweite für die Landwirtschaft. Die Währungsfrage hat selbst zugegeben, daß in Russland kolossale Getreidevorräte liegen (Rohr, hört), die russischen Bahnen bereiten sich bereits vor, den russischen Export zu erleichtern. (Hört! Hört! recht.) Diese Presse würde das wohl nicht geschrieben haben, wenn sie gewußt hätte, daß ich das hier vorlesen werde. Die letzten beiden Jahre haben — namentlich das letzte Jahr — kolossale Ernten ergeben und es muß ein ganz erheblicher Bestand in Russland vorhanden sein. Nach einer mir vorliegenden Broschüre sind 65—70 Millionen Pud in Russland vorhanden. Die uns vorliegende Tabelle vertritt nicht auch noch teilweise, was Russland 1893 exportiert hat. Ich glaube nachgewiesen zu haben, daß Roggen keinen Differentialzoll uns nicht genügt hat; denn das steht fest, andere Länder können nicht zu denselben Bedingungen aus Russland ihren Weizen importieren. (Sehr richtig! rechts.) Dazu kommt, daß die Wägen, die nur deutschen Roggen vermahnen nicht konkurrenzfähig sind mit den tolosalen Wägen in Berlin, welche russischen Roggen vermahnen, das habe ich am eigenen

Leibe erfahren. Der kleine Grundbesitzer müsse dabei den Händen in die Hände fallen. Schon die Aussicht auf den Zustandekommen des russischen Handelsvertrages drückt die Preise. Ich gebe aber zu, daß es der Sache gelingen wird, nach Abschluß des Vertrages den Preis zu heben. Schon jetzt ist die Landwirtschaft am Rande des Verderbens, der Vertrag gefährdet sie noch mehr. Selbst bei der Industrie ist die anfängliche Begeisterung etwas gesunken, nachdem die Herren sich von der noch immer exorbitanten Höhe der russischen Zölle überzeugt haben. Die Gegner des 5 Mark-Zolls bewegen sich in einem konstanten Widerpruch; in demselben Athemzuge, mit dem sie sagen, der Differentialzoll mache keinen Preisunterschied, sagen sie, hütet Euch vor dem 5 Mark-Zoll, er erhöht die Preise. Man sagt, daß russische Getreide würde bei Aufrechterhaltung des höheren Zolls auf anderem Wege zu uns kommen. Bei Gelegenheit des rumanischen Handelsvertrages wurde auf den hohen Werth der Währungsangelegenheit hingewiesen, jetzt sind sie auf einmal gänzlich weh. Und auch das ist hübsch, daß große Mühlen im Auslande entstehen würden, was das russische Getreide zu vermahnen; kein Kapitalist würde sein Geld in ein derartiges Unternehmen stecken, denn jeder Tag ein Abkommen bringen könnte, das die Mühlen zum Stillstand bringt. Ich bitte daher nochmals zu überlegen, ob wir nicht gebunden durch den Vertrag die Landwirtschaft schweren Lasten entgegenführen. Ich fürchte, der Vertrag wird ein dunkles Blatt in der Geschichte Deutschlands sein. Gebe Gott, daß ich mich irre! Aber einige Anhaltspunkte für diese Befürchtung habe ich Ihnen heute mitgeteilt. Paktieren Sie nicht, sondern folgen Sie Ihrer Überzeugung und Ihrem Gewissen! (Beifall rechts.)

Staatssekretär Frhr. v. Marschall: Der Abg. v. Stauby hat sehr eingehend den Antrag Frege vertreten. Den Antrag kann ich mit den wenigen Worten charakterisieren: Fort mit dem Handelsvertrag, es lebe der Zollrecht. Denn von weiteren Verhandlungen mit Ausland könnte dann keine Rede mehr sein. Wie lange der Zollrecht dann anbauern würde, sagen die Herren nicht, weil sie es selbst nicht wissen. Es kommt eben dann wieder ich mit dem Sanzartikel vergleichen. Das kann ein angesehener Mann mit keinem Berühmten machen, nicht aber die Regierung mit den wichtigsten Interessen des Landes. (Beifall.) Ich habe die Überzeugung, der öffentlichen Landwirtschaft könnte kein größerer Schaden geschehen als durch die Verweigerung des Zollrechts. (Beifall.) Zweitens: Der Handelsvertragspolitiker der Generalversammlung für alle Gebirgen der Landwirtschaft, auch solcher, die gar nichts mit der Handelsvertragspolitik zu thun haben. Stets wird behauptet, die ausländische Konkurrenz bewirke den niedrigen Preisstand, an die inländische Konkurrenz denkt kein Mensch. Die niedrigen Preise bei uns rühren in erster Linie von der reichen Ernte des letzten Jahres her, dann davon, daß wir eine Gefehrgewinn haben, die uns hindert, uns unseres reichen Segens nach dem Auslande zu entleeren (Beifall), und die es den Wägen vorteilhafter erscheinen läßt, ausländisches Getreide zu vermahnen. Nicht das Ausland drückt bei uns die Preise, sondern Deutschland verdrängt den Auslande die Preise. (Zustimmung.) Deutschland hat in den letzten Jahren sehr Roggen produziert, als es konsumieren kann, und darin liegt der einfache Grund für den tiefen Preisstand des Roggens. Wenn wir uns nun die Einfuhrzahlen ansehen, so sind diese im vorigen Jahre für Roggen und Weizen nicht gestiegen, wie man angenommen hatte, sondern zurückgegangen; man muß 28 Jahre zurückgehen, um eine so niedrige Roggenzufuhr zu finden, wie im vorigen Jahre. Es ist also durchaus irrig, wenn man den Auslande die Schuld an dem niedrigen Preisstand zuschreibt. Daß der Kampfzoll auf russisches Getreide uns nicht genügt hat, hat Herr von Stauby zugegeben. Wie soll da der Zoll von 5 Mark uns nützen? (Sehr gut! links.) Der Artikel, den Graf Arnim aus einer hiesigen Vorlesung vorgelesen hat über die angeblich kolossalen Getreidevorräte in Delfia z. ist längst in der Kommission antisch durch Berichte unseres Kommissars widerlegt; ich habe in der Kommission hervorgehoben, daß die erportfähige Menge Roggen in Russland allerhöchstens 2 Mill. Doppelzentner beträgt. Es kommt dazu, daß in Russland das Getreide vorkommt, der Kopf der Bevölkerung ein gewisses Quantum Roggen in den örtlichen Magazinen niedergelegt sein muß, von Neuem eingekauft werden ist. Daß für den Roggen der Londoner Weltmarktpreis entscheidend sei, habe ich nicht behauptet, sondern im Gegenteil. Was die Währungsangelegenheit betrifft, so habe ich Ihre Wirksamkeit auf eine gewisse Zeit nicht bestritten; wohl aber habe ich gesagt, daß, wenn der Kampfzoll ständige Einrichtung wird, es dem Handel ein leichtes sein würde, durch diese Währungsangelegenheiten wiederzulegen zu fahren. Von der Fortdauer des Zollrechts wird niemand einen Vortheil haben als unsere Konkurrenten, die Engländer, die den Markt in Russland occupieren würden und wenn dann die Zollschranke fallen würde, würde unsere Industrie das Feld befeht finden. Ich habe die feste Überzeugung, daß die Landwirtschaft den russischen Vertrag bald mit anderen Augen ansehen wird, besonders wenn der Identitätsnachweis aufgegeben wird und Deutschland nach dem Auslande zu schaffen wird, das überflüssige Getreide aus dem Auslande zu schaffen; wenn im Süden und Westen die Seehäfen aufgegeben sind, wenn auch überall im Preise seinen Ausdruck finden, wenn der Schutz der nationalen Arbeit, den die Regierung durch alle diese Maßnahmen antreiben, zu voller Wirkung gebracht wird, dann wird die Landwirtschaft wohl ich meine Überzeugung, sich auch bei dem 3.50-Mark-Zoll wohl fühlen. (Beifall links.)

Abg. v. Plöb (Konf.): Es steht fest, daß die Majorität im Lande gegen den Vertrag ist. (Stimmliche Heiterkeit.) Sie natürlich, links, sind doch nicht zu überzeugen. Daß die Großindustrie etwas exportieren wird, glaube ich ja auch, also wird Handel und Börse profitieren. Aber der Landwirtschaft geschieht der größte Schaden. Deutschland wird durch russisches Getreide überflutet und der Bauer sein Getreide nicht mehr loswerden. Wie tolosal ist die russische Produktion in den letzten Jahren gestiegen. Der Bauer wird von Haus und Hof müssen, wenn nicht Abhilfe geschaffen wird. Selbst ein sozialdemokratisches Wochenblatt hat bereits die Stunden vorangesagt, wo es mit den Grundbesitzern zu Ende gehen wird. Mit der Getreide-Überflutung wird auch die mit russischen Juden kommen; eine einzige deutsche Bauernfamilie gilt mir mehr als hundert russische Juden. (Beifall bei den Antimietern und rechts, Heiterkeit links.) Wir geben den Kampf nicht auf. Wir sagen nur: diese Schlacht ist verloren, aber die Ehre ist geteilt. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Schult-Lupitz (K. P.): Wenn wir den Vertrag ablehnen, so würden wir nicht nur die Industrie, sondern auch die Landwirtschaft schwer schädigen und auch die Mühlindustrie ruinieren, die doch unser bester Arbeiter ist. Wir ist nicht bange um die deutsche Landwirtschaft; sie wird auch aus der schlimmen Lage, in der sie sich jetzt befindet, gut hergehen; aber die Migration des Bundes der Landwirtschaft, die ihr den Frieden nimmt, ihr den Kredit raubt, die ist wohl im Stande, die Landwirtschaft zu schädigen. Möge unbesirrt hierdurch das Kapital der Landwirtschaft zuströmen, die beste Anlage bleibt immer der waterländische Boden. Dann wird auch die Landwirtschaft wieder thätig sich erheben.

Abg. Bürger (Wier. Cit.) erklärt namens seiner eigenen politischen Freunde, daß sie dem Antrage Frege zustimmen würden. Durch den Schutz der Landwirtschaft werde auch der Industrie ein großer Vortheil erwachsen.

Abg. Graf v. Solstein (Konf.): Wenn ich mit einigen meiner Freunde für den österreichischen Vertrag gestimmt habe, so geschah es, um für die Industrie eine bessere Periode herbeizuführen und auch aus politischen Gründen. Nun ist es aber nicht wegzulegen, daß der Preisrückgang, der jetzt auf die landwirtschaftlichen Produkte drückt, antizipiert an die Annahme des österreichischen und der anderen Handelsverträge. Das muß auf uns einen tiefen Eindruck machen und wer dann diese Politik fortsetzt, der nimmt eine Verantwortung von ungeheurer Tragweite auf sich. Wenn ich sage, daß sich die Landwirtschaft in Blöße befindet, kenne ich dem Vertrage zustimmen. Aber seit dem österreichischen Vertrage ist der Preis um mehr als die Hälfte gefallen. Der Produktionspreis ist jetzt schon theurer als der Verkaufspreis; das Ende davon läßt sich absehen. Die Landwirtschaft ist jetzt schon ruiniert und vermag keinen weiteren Preisrückgang zu ertragen. Ich sehe sehr trübe in die Zukunft der Landwirtschaft. So gerne ich die Industrie zu Hilfe kommen würde, so würde die Folge die sein, daß die Landwirtschaft noch mehr geschädigt würde. Das sind die Gesichtspunkte aus denen ich gegen den Vertrag stimme.

Abg. Dr. Bachem (Str.): Ich hätte den Wunsch gehabt, die Gründe derjenigen meiner Freunde zu entwickeln, welche sich entschlossen haben, für den Vertrag, also auch gegen den Antrag Frege zu stimmen. Angesichts der Ermüdung des Hauses will ich hierauf verzichten und nur darauf hinweisen, daß es eine Thatsache ist, daß weder der 7.50 M.- noch der 5 M.-Zoll einen Einfluß auf die Preisbildung gehabt hat. Auf der anderen Seite würde der Zollrecht nicht nur verweigert, sondern sogar verweigert werden. Davon hätte die Landwirtschaft keinen Nutzen, die Industrie aber einen potenzierten Schaden. Behalten wir den Differentialzoll bei, so werde der russische Roggen nach England z. Zollfrei eingeführt und dort vermahnen werden und dann als dortiges Wehl zum Wehlbegünstigungssatz nach Deutschland kommen. Von allen Gesichtspunkten aus ist es angebracht, dem Handelsvertrage zuzustimmen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Die Abg. Liebermann v. Sonnenberg und Zimmermann (Antik.) beauern, daß ihnen durch den Schluß der Debatte das Wort abgehandelt worden sei.

Die Position Haas wird angenommen, ebenso die Position Weizen.

Ueber die Position Roggen wird nomentlich abgestimmt. Der Antrag Frege, einen 5 Mark-Zoll einzuführen, wird mit 205 gegen 151 Stimmen abgelehnt. Das Bild der Abstimmung ist etwa daselbe wie bei der über Artikel I. Eine Anzahl Mitglieder des Landtages, etwa 12, welche am Samstag fehlten, sind heute zugegen und stimmen zum Heil, etwa 9, für den Antrag. Die drei eifrigen Abg. Colbus, Reumann und Rückstuf enthalten sich der Abstimmung, der eifrige Abg. Winterer stimmt gegen den Antrag, Graf Herbert Biernack dafür. Der Antrag Frege, den Haferzoll zu erhöhen, wird gleichfalls abgelehnt. Bei der Position „Bau- und Ausholz“ (1.20 Mark pro 1 Fehmetner) bemängelt

Abg. Frhr. von Hammerstein (Konf.) die niedrigen Zölle, die nicht nur die Wald- und Forstwirtschaft schwer treffen würden, sondern auch die wäsende Sägenmühlindustrie. Die Landwirtschaft werde nicht im Stande sein, die Arbeiter in der Forstwirtschaft zu beschäftigen und dadurch sich die Arbeiter in der Sommer zu erhalten.

Abg. Kröber (Sidd. Sp.) tritt für die Position ein. Die Berliner Holzindustrie verarbeitet zu 7/8 russisches Holz. Dem Borsdorfer werden die Interessenten für ein Zentner gegen den Vertrag wenig Dank wissen. Das südbaltische Holz werde seinen Preis behalten. Der südbaltische Holzhandelsverein habe sich für den Vertrag ausgesprochen.

Chefmarth Henle führt aus, es würden allerdings 30 Millionen Doppelzentner russisches Holz in Deutschland eingeführt, aber nur ein Hehl davon falle unter diesen Tarif.

Generalkonful Frhr. v. Ramezan verweist den Abg. Frhr. v. Hammerstein gegenüber auf die in weitem Umfange bereits erfolgte Abholung der Wälder im Westen Russlands. Eine große Gefahr der russischen Konkurrenz sei nicht zu bestritten. Abg. Frhr. v. Hammerstein hält seine Beschränkungen einer Ueberbewehrung mit russischem Holz aufrecht. Die Position wird genehmigt.

Die Position „Fleisch“ lautet

Abg. v. Salsch (Konf.) die stetige Zunahme des Importes von ausgechlachtetem Fleisch aus Russland. Die kleinen Leute auf dem Lande werden gegen diese Konkurrenz nicht aufkommen können.

Staatssekretär Frhr. v. Marschall: Der Borsdorfer begründet seinen Widerpruch gegen diese Position mit der Behauptung, daß der Import von ausgechlachtetem Fleisch aus Russland in stetiger Zunahme begriffen sei. Demgegenüber konstatire ich, daß dieser Import im Jahre 1889 betragen hat 95 024 Doppelzentner, im Jahre 1891 32 307 und im Jahre 1892 nur 15 000 Doppelzentner. (Beifall links.)

Die Position wird genehmigt, ebenso die Position „Eier und Geflügel“, welche der Abg. Frhr. v. Hammerstein bekennt.

Der Rest des Tarifs B wird debattelos genehmigt. Artikel 7 setzt unter Wahrung der Weisungsgewalt fest, daß neue innere Abgaben des Staates in dem Gebiet des einen der vertragsschließenden Theile, so weit sie sich auf die in den Tarifen A und B angegebenen Waaren beziehen, von den entsprechenden, aus dem Gebiete des anderen vertragsschließenden Theiles kommenden Waaren nur in gleicher Weise und

wie von den gleichartigen inländischen Waaren erhoben werden dürfen.

Hg. Fleischer (Rp.): Von den Freunden des Vertrages werden stets die außerordentlichen Vortheile für die Industrie hervorgehoben. Nun die Kupferindustrie hat durch den Vertrag keinen Vortheil. Unserem Schmelzbergbau kann ebenso wie der Landwirthschaft nur durch Regelung der Nahrung geholfen werden. Ich stimme aber für den Vertrag, weil ich nicht glaube, daß er der Landwirthschaft Schaden bringt. Der Landwirthschaft geht es ohnehin schon so schlecht, daß sie nicht noch mehr gebessert werden kann. (Aachen links.)

Hg. Graf Kanitz: Die Frage der Zollausfälle ist eine überaus wichtige. Als ich in der ersten Sitzung auf viele Millionen bezifferte, erwiderte mir der Staatssekretär Freiherr v. Marschall, ich befände mich in Widerspruch, wenn ich eine Ueberschätzung Deutschlands mit russischen Getreide und gleichzeitig auch Zollausfälle bestrichete. Nun ist der Finanzminister Miquel bereits so freundlich gewesen, Herrn v. Marschall zu widerlegen. (Aachen.) Die Zahlen, die der Reichstangler aufgestellt hat, hatten einen großen Fehler. Die notdürftige Folge von Handelsverträgen ist doch, daß die Einfuhr aus den Vertragsstaaten zunimmt und die Einfuhr aus den übrigen Staaten abnimmt. Es ist also durchaus fehlerhaft, wenn man bei Berechnung der voraussichtlichen Zollausfälle sich an den bisherigen Stand hält; man muß die Zunahme des Imports aus einzelnen Ländern berücksichtigen. Der betreffende Beamte, den der Reichstangler mit der Aufstellung der Zahlen betraut hat, hat also die einfache Logik außer Acht gelassen. Wenn der Reichstangler einmal wieder bezahlte Zahlen ermitteln lassen will, so möchte ich ihn bitten, sich direkt an mich zu wenden (Große Sektion), dann wird er absolut richtige und unangreifbare Zahlen erhalten (Sektion rechts). Der Antrag wird die Ermittlung aber leicht sein, denn unser Vertragstext ist ja in der That ganz einfach, man wird also einfach sich nur die Einfuhrzahlen aus den letzten Jahren für alle Artikel zu vergleichen haben. Ich habe mir für Getreide die Rechnung aufgemacht, und ich komme bei diesem Artikel nach dem gegenwärtigen Durchschnitt allein auf 27 Millionen jährlich. (Hört! Hört! rechts.) Nehmen sie andere Artikel dazu, und ich bin fast überzeugt, es werden weit über 40 Millionen herauskommen.

Wohin soll das führen? Wir haben nicht einmal die nötigen Steuern, um die gemachten Ausgaben zu decken; noch heute hat die Steuerkommission die Zünftigen, Grund- und Frachtsteuer abgelehnt. Da würde nur eine Erhebung der Matrinalbeiträge bleiben. Alle Veranlagungen aus den Verträgen stehen aber doch nur der Industrie zu. Da müßte man also Steuern finden, die lediglich der Industrie zur Last fallen. (Aachen links, Beschl. rechts.) Ich fordere also die Regierung auf, und zu sagen, wie sie über diese Schwierigkeit hinwegkommen will. Jedenfalls bitte ich sie, die Zollausfälle nicht durch Erhebung der Matrinalbeiträge zu decken. (Beschl. rechts.)

Staatssekretär Frhr. v. Marschall: Wenn eine Vermehrung der Holzpreise stattfindet, so können wir doch unendlich einen finanziellen Nachtheil davon haben. Wenn sich auch die Einfuhr vermindert, so hat der Verbraucher mit seinen Ausgaben auch wieder unendlich. Ein Schutz Zoll ist nicht dazu, um größere Einkünfte zu bringen, sondern hat den Zweck, die betreffenden Zweige zu schützen.

Nach einer kurzen Bemerkung des Hg. Grafen Kanitz, worin er sich von der Antwort für nicht befriedigt erklärt, wird Artikel 7 angenommen, ebenso dann ohne Debatte Artikel 6. Beim Schlußprotokoll zum Zollreglement Artikel 5 befragt Hg. Dr. Marcour (Str.), daß unter dem Vereinbünd der Festtage, an denen die Zollämter geschlossen seien, sich kein einziger, ausschließlich katholischer, Feiertag befände und hofft, daß vielleicht durch eine gültige Vereinbarung hier noch eine Änderung eingeführt werden könnte.

Geheimrath Henle antwortet, daß alle die feste im Vereinbünd aufgeführt seien, die in der Gegend gefeiert würden. Nach weiterer kurzer Debatte, in der Staatssekretär Frhr. v. Marschall darauf hinweist, daß es sich hier nur um den brennlichen Zollamt der gegenwärtigen Zustände handle, daß aber eventuell eine Aenderung eintreten könne, da es sich nur um ein Reglement handle, wird der § 5 des Schlußprotokolls genehmigt, ebenso der Rest. Bei den beiden zwischen dem Reichsobersten Grafen Schmalow und dem Staatssekretär Frhr. v. Marschall gewechselten Notizen wird

Hg. Dr. Gorb (fr. Rp.) auf die Bedeutung des deutschen Handels namhaftlich auf die Hauptstädte aufmerksam, äußert aber zugleich über die Bedeutung des Passages, daß die unabhängigen Behörden Binnlands nach wie vor das Recht behalten, in dem Anknüpfenden Tarif theilweise Aenderungen einzuführen, sofern solche in örtlichen Bedürfnissen des Handels und der Industrie ihre Begründung finden.

Generalconsul Frhr. v. Lamezan erwidert, daß es sich hier um Rechte Binnlands handle, die auf lokale Bedürfnisse zurückzuführen seien und die sich nur auf kleine Aenderungen erstrecken im Lokalverkehr, eine Aenderung der Zollsätze könne dadurch nicht herbeigeführt werden. Man könne versichert sein, daß Binnland seine Rechte loyal handhaben werde.

Die beiden Notizen werden genehmigt.

Damit ist die zweite Beratung des Vertrages erledigt.

Eine Reihe von Petitionen wird durch Genehmigung des Handelsvertrages für erledigt erklärt.

Darauf verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. (Rest des Etats.)

3. Beratung des Gesetzentwurfs betr. Aufhebung des Identitätsnachweises.)

Schluß 5/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenshaus.
35. Sitzung vom 13. März.
11 Uhr. Am Ministerische: Dr. Boffe u. A.

Die zweite Beratung des Kultusetats wird beim Kapitel 124 „Kultus und Unterricht gemeinsam“ fortgesetzt. Titel 2 wußt zur Bereinigung der äußeren Lage der Geistlichen oder Bekannnisse 547 430 Mk. aus.

Die Abg. v. d. Aht (Centr.) u. Gen. beantragen, das Einkommen der katholischen, in Preußen angehörenden Geistlichen alle 5 Jahre, beginnend mit dem nächsten Jahre seit ihrer Ordination um je 25 Mk. bis zum Höchstbetrage von 2400 Mk. zu erhöhen (Kult. je 150 Mk. bis zum Höchstbetrage von 2400 Mk.).

Die Abg. Albers und v. d. Aht (Centr.) u. Gen. beantragen folgende Bestimmung: „Für die Bemessung der Alterszulagen kann auch die von den Geistlichen in anderen deutschen Bundesstaaten in einem kirchlichen oder in einem öffentlichen Schulamte geleistete Dienstleistung angedreht werden.“

Ein Antrag von Strombeck (Str.) will die Zulagen auch den staatlich anerkannten jenseitigen Missionssparren gewähren, während

Hg. Schmidt (Worbung, Centr.) beantragt, für die Bemessung der Alterszulagen an katholische Geistliche die Zeit in Betracht zu ziehen, die sie in einem kirchlichen Amte in Preußen oder in einer preussischen Diözese innerhalb Deutschlands zugebracht haben. Im Act steht nur: „in Preußen.“

Hg. von Strombeck (Str.) beantragt seinen Antrag mit einem Hinweis darauf, daß die katholischen Missionssparren sich in einer bedrängten Lage befinden, während die evangelischen Geistlichen in ähnlichen Stellen sämtlich die Alterszulagen bekommen.

Minister Dr. Boffe erwidert, daß in dem Titel 400 000 Mark mehr eingelegt seien, von denen 380 000 Mark allein den katholischen Geistlichen zu Gute kämen. Den gestellten Anträgen könne er nicht zustimmen. Die Missionssparren sollte man in eventuelle Parzellen umwandeln, dann könnte man diesen Pfarrern Alterszulagen geben. Die Missionssparren seien nur irreguläre Provisionen.

Hg. Schmidt (Worbung, Centr.) betont, daß sein Antrag diejenigen Geistlichen, die vom Bischof vorübergehend in einen nichtpreussischen Theil der Diözese geschickt seien, ebenso behandeln müsse will, wie die übrigen. Benachtheiligt möge in solchen Fällen der Minister aus dem Unterstützungsfonds Abhilfe schaffen.

Minister Dr. Boffe sagt letzteres für bestimmte Fälle zu. In den Act könne der Antrag Schmidt nicht aufgenommen werden, weil man damit in ein Rechtsgebiet eingreifen würde, welches dem Staat gar nicht unterstehe.

Hg. Borch (Str.) erklärt, daß die Anträge Albers und Schmidt sich an die falsche Adresse richteten. Dem Antrage v. d. Aht würde seine Partei zustimmen, wenn die Finanzlage eine günstigere wäre.

Hg. Dasbach (Str.) bringt einen Fall zur Sprache, in dem einem katholischen Geistlichen wahrscheinlich aus politischen Gründen eine Unterthänigkeit zu einer Baderreise verweigert worden sei. Der betreffende habe einen Ablaufauf der Centrumpartei unterzeichnet.

Minister Dr. Boffe erwidert, daß auch Geistlichen, deren politische Gesinnung der Regierung bekannt sei, in Bedürfnisfälle solche Unterthänigkeiten gewährt würden. Wenn aber Geistliche der Regierung so unehrliche Opposition machten, daß man wegen derselben mit den Bischöfen in Verbindung treten müsse, so gebe es auch für die Regierung eine Grenze. (Beschl. rechts.)

Hg. Dasbach betont, daß es sich in dem Falle, welchen er in Ange habe, um einen sehr patriotisch gesinnten Geistlichen handle.

Minister Dr. Boffe: Wenn ein Grund zur Beschwerde vorliegt, so hätte ich eine Beschwerde, wenn sie an mich gelangt wäre, mit aller Gerechtigkeit geprüft. Es wird nicht auf die politische Gesinnung gesehen, aber über die politische Haltung und die maßlose Agitation der Leute gegen die Regierung muß letztere unterrichtet sein. Durch die Annahme der Spezialfälle wird eine Verschärfung in die Debatte getragen, die ich nicht gewünscht hätte. (Beschl. rechts.)

Hg. Dr. Sattler (nl.) konstatirt, daß Hg. Dasbach auf einen bloßen Verdacht hin hier Reden hält.

Hg. Hansen (Str.) führt aus, daß seine Partei den Anträgen ebenso gegenüberstehe, wie die Konserverpartei. In der weiteren Debatte theilweise sich die Abgeordneten v. Strombeck, Im Walle (Str.) und Schmidt (Worbung). Die Anträge werden sämtlich abgelehnt, der Titel unverändert bewilligt, ebenso das ganze Kapitel.

Beim Kapitel 125: „Medizinalwesen“ erklärt auf eine Anfrage des Hg. Mien (nl.)

Geheimrath Bartsch, daß ein Reichsgesetz für das Geheimnittelwesen angestrebt werde, daß aber vorläufig der Reichstangler wegen Vertheilung einheitlicher Polizeiverordnungen auf diesem Gebiete mit den Bundesstaaten in Verbindung getreten sei.

Auf eine Anregung des Hg. Jerusalem (nl.) giebt Minister Dr. Boffe die Erklärung ab, daß er vom Justizministerium habe einen Entwurf ausarbeiten lassen, der eine Regelung des Apothekenwesens auf Grund der Personalanforderungen enthalte.

Hg. Lotzkius (nl.) wünscht die Erleichterung möglichst vieler Filialapotheken, damit überall Medizin erhältlich sei. Geheimrath Bartsch erklärt, daß die Regierung, wo ein Bedürfnis dazu vorhanden sei, die Einrichtung von solchen Apotheken begünstige.

Hg. Kruse (nl., fast unverständlich) empfiehlt eine umfassendere Ausbildung der Kreisphysici in der Hygiene. Geheimrath Bartsch erwidert, daß diese Sache mit der Medicinalreform zusammen verhandelt werden müsse. Die Medicinalreform sei Gegenstand der ersten Sorge des Ministers, und der Minister habe jetzt bereits die Grundzüge dieser Reform aufstellen lassen, welche Grundzüge auch später weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden sollten. Diese Reform werde hauptsächlich bei der Bekämpfung, den Physikern, einzuwirken haben.

Hg. v. Schenkendorff (nl.) wünscht ein reicheres Vorkursdretten der staatlichen Organisation für die öffentliche Gesundheitspflege. Seiner Ansicht nach sei die Wirkbarkeit der Kreisphysici eine zu geringe, da sie jetzt zu allen Untersuchungen an Ort und Stelle erst einen Auftrag, eine Erlaubnis, haben müssen. Das sei in sanitätspolizeilicher Hinsicht oft sehr nachtheilig. Man könne jetzt ja vorläufig bei den Kreisphysici das gewöhnliche System einführen, Kreisphysici im Haupt- und Nebenamt schaffen, da die Finanzlage eine allgemeine Selbstständigmachung der Physik von der Privatpraxis jetzt nicht gestatte.

Hg. v. Unruh (Bromberg, Str.) bemerkt, daß im vorigen Jahre zur Zeit der Choleraepidemie von den Hörsen auf der Weichsel hohe Abgaben erhoben wurden, indem man 10 Mark pro Mann verlangte, während man für Dampf nur 1 Mark erhoben habe. Es seien dort im Ganzen vierhundert 190 000 Mark eingenommen worden, viel mehr als die Ueberwachungsstellen im Staat gefordert habe, da sie es nach Ansicht der Interessenten billig, daß diese Ueberwachungsstellen zurückgezogen würden. Wertwürdig sei es auch, daß nur auf der Weichsel so hohe Gebühren erhoben worden seien für Maßnahmen, die doch im allgemeinen Staatsinteresse erfolgten seien. Die Interessenten hätten um Zurückzahlung der Beträge und eine gleichmäßige Erhebung solcher Gebühren an allen Stellen oder gänzliche Freilassung von solchen Gebühren in ähnlichen Fällen.

Geheimrath Schönfeld erwidert, daß die Fonds für solche Ueberwachungsarbeiten nicht ausreichen und daher eine Erhebung von Gebühren notwendig sei. Die Ueberwachungsmaßregeln hätten sich aufeinander auf bewährt. Es seien in Preußen in 113 Orten 395 Choleraerkrankungen im vorigen Jahre vorgekommen. Wenn man 122 Fälle in einem Orte nicht in Betracht zieht, so kämen auf jeden eingeschleppten Fall noch nicht 2 weitere Erkrankten. Daraus geht hervor, daß man richtige Maßregeln ergreifen habe. Auf dem Wasserwege verbreite sich die Cholera am leichtesten und daher seien auf Flüssen die sanitätspolizeilichen und sorgfältigen Ueberwachungsmaßregeln notwendig, welche das Verschleppen bedingten. Nur durch solche Ueberwachungsmaßregeln sei eine Aufrechterhaltung des Verkehrs auf den Flüssen möglich gewesen und dann sei es nur billig, daß auch die Verkehrsinteressenten diese Kosten durch Gebührenzahlung aufbrachten. Die Gebühren auf der Weichsel seien nicht höher, als sie auf anderen Flüssen in ähnlichen Fällen sein würden.

Hg. v. Unruh (Bromberg, Str.) auf die Ansicht, man müsse die Fonds im Etat so erhöhen, daß eine Gebührenhebung nicht notwendig werde. Eine rechtliche Grundlage für eine solche Gebührenhebung habe noch zu fehlen.

Hg. Gotthein (fr. Rp.) hält es für fraglich, ob durch eine einfache Anmerkung im Etat, wie sie jetzt gemacht sei, eine gesetzliche Grundlage für eine Gebührenhebung geschaffen werden könne. Er beantrage Zurückweisung der Petition für medizinal-polizeiliche Zwecke 118 500 Mark an die Kommission, da hierbei im Etat sich der Berner befände, daß 30 000 Mark durch Gebühren erhoben werden sollen.

Minister Dr. Boffe glaubt, daß die Verfassung eine solche Maßnahme gestatte.

Hg. Dr. Sattler (nl.) schließt sich dem an, betont aber, daß das nur formell Bedeutung habe.

Hg. Dr. Birchow (fr. Rp.) glaubt nicht, daß auf eine solche Weise die Berechtigung zur Gebührenhebung geschaffen werden könne.

Geheimrath Berner führt aus, daß wo ganz außerordentliche Mittel zu außerordentlichen Aufwendungen notwendig seien, es einem allgemeinen Grundsatze entspreche, daß die, welche Vortheil davon hätten, auch zu diesen Ausgaben beizutragen. Ob das in dem vorliegenden Falle auf einer formell rechtlichen Grundlage erfolgt sei, darüber würden die Gerichte entscheiden, da mehrere Interessenten Klage erhoben hätten.

Hg. Sattler (nl.), Hansen (Str.) und Porsch (Str.) schließen sich dem Antrage, die Sache an die Kommission zurückzuweisen an.

Nach kurzer weiterer Debatte wird der Antrag Gotthein auf Zurückweisung angenommen.

Das Kapitel und der Rest des Ordinarius wird bewilligt.

Beim Extraordinarium befragt

Hg. Gorb (nl.) die mangelhaften Einrichtungen für den Turnunterricht an dem Gymnasium in Kiel.

Geheimrath Borch bemerkt, daß die städtische Oberrealschule in Kiel vertragsmäßig verpflichtet sei, dem Gymnasium seine Turnräume zur Verfügung zu stellen.

Der Rest des Kultusetats wird darauf bewilligt, womit die heutige Tagesordnung erledigt ist.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr (kleinere Vorlagen und Petitionen).

Table with market prices for various goods like oil, sugar, and other commodities. Columns include item names and prices.

Table with market prices for petroleum, metals, wool, and other goods. Columns include item names and prices.

Table with market prices for livestock and other goods. Columns include item names and prices.